

Der externe Standpunkt

Beim Säkularismus könnte der Islam vom Christentum lernen

Die Kirche hat vor 50 Jahren gezeigt, wie ein gottesfürchtiger Mensch in einem pluralistischen Rechtsstaat leben kann. Leider vergessen das manchmal auch katholische Kirchenleute, **schreibt Martin Grichting**

Die für den Westen typische Trennung von Staat und Religion hat christliche Wurzeln, wie der in Oxford lehrende Geschichtswissenschaftler Larry Siedentop in seinem jüngst erschienenen Buch «Die Erfindung des Individuums» zeigt. Jesus Christus hat unterschieden zwischen Kaiser und Gott, zwischen der weltlichen Sphäre von Staat und Politik und der religiösen Sphäre von Glaube und Moral. Die Aufklärung hat das später in wirksame politische Formen gegossen: Der Staat als Rechtsgemeinschaft verlangt Gehorsam gegenüber den Gesetzen, schreibt aber keine Weltanschauung mehr vor. Und die Religionen behalten zwar ihren Wahrheitsanspruch, der aber nun keinen unmittelbaren politischen Geltungsanspruch mehr hat. Das ist die Grundlage der westlichen Friedensordnung.

Diese Trennung bereitet dem Islam bekanntlich Mühe. Wo immer diese Religion, wie im arabischen Raum, gesellschaftsbestimmend ist, finden wir eine religiös durchwirkte Staatsmacht. Angesichts vieler Muslime, die jetzt in den Westen kommen und hier zu leben wünschen, ohne ihre Frömmigkeit aufgeben zu müssen, stellt sich die Frage, wie Integration gelingen kann.

Die katholische Kirche hat vor 50 Jahren einen Weg vorgeschlagen, wie ein gottesfürchtiger Mensch in einem pluralistischen Rechtsstaat ein wertvolles Mitglied sein kann. Ganz neuzeitlich ist der Kerngedanke, dass man nicht mehr auf eine religiöse Institution als politischen Akteur setzt, sondern primär auf das Individuum, verstanden als Gläubiger und Bürger zugleich. Die Hierarchie als Teil der Institution – bei den Katholiken repräsentiert durch Papst, Bischöfe oder Priester – vermittelt nach diesem Modell Glaubensinhalte und bildet die Gewissen, spendet Sakramente und leistet Seelsorge. Sie hält sich aber aus der politischen Diskussion heraus und äussert sich nur zu Grundrechten und Menschenwürde-Themen, die mit der natürlichen Vernunft erkennbar sind. Auf diese Weise achtet die Hierarchie «die

gerechte Freiheit, die allen im irdischen bürgerlichen Bereich zusteht», wie das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) erklärt hat. Es bleibt so dem Christen überlassen – eigenverantwortlich, auf der Basis seines christlich geprägten Gewissens –, gesellschaftlich und politisch zu wirken. So ist er nicht der Handlanger der Hierarchie, sondern ein mündiger Gläubiger, der im eigenen Namen als Bürger handelt und mit den Anhängern anderer Religionen und Weltanschauungen in Politik und Zivilgesellschaft nach Lösungen sucht. Voraussetzung dafür ist die Unterscheidung «zwischen dem, was die Christen als Einzelne oder im Verbund im eigenen Namen als Staatsbürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Hirten tun». Es gibt somit keine «katholische Politik» mehr. Denn das Konzil wusste: «Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen [den Christen] eine bestimmte Lösung in einer konkre-

ten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen.»

Bedauerlich daran ist nur, dass dieses Modell bis jetzt von der Kirche und ihren Gläubigen zu wenig verstanden und gelebt wird. Deshalb erleben wir in der Schweiz Vertreter der katholischen Hierarchie, oft aber auch Laien, die nicht im eigenen Namen Politik machen, sondern von kirchlichen Gremien und Einrichtungen aus, im Namen der Kirche. Damit huldigen sie einem vorkonziliaren Klerikalismus: Sie kapern die religiöse Autorität der Kirche und versuchen, in deren Namen partei- und tagespolitische Anliegen voranzubringen. Dann erscheint es plötzlich als nicht sehr katholisch, wenn nach Mitternacht in Autobahnraststätten Tiefkühlpizzas verkauft werden. Oder das kirchliche Lehramt scheint sogar die Existenz einer staatlich konzessionierten Radio- und Fernsehanstalt zu fordern, die mit 1,2 Milliarden Franken pro Jahr einen Service public produziert.

Wenn Katholiken in dieser Weise religiöse Autorität missbrauchen, um Politik zu machen, sind sie nicht berufen, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Sie leisten damit weder dem Staat noch ihrer Kirche einen Dienst, und auch nicht der Integration derer, die aufgrund ihrer religiösen Herkunft sowieso Mühe haben, Staat und Religion als zwei verschiedene Dinge zu verstehen. Nur wenn die Neuankömmlinge diese Unterscheidung zu akzeptieren lernen, werden sie sich in der offenen Gesellschaft und im religiös pluralistischen Staat zurechtfinden können. Katholiken hätten hier eine wichtige Funktion, indem sie zeigen könnten, dass man ganz Gottesgläubiger sein kann und zugleich ganz Bürger eines religiös pluralen Staates, und zwar ohne diesen zu einem Gottesstaat zu machen. Politische Gläubige sind also das Gebot der Stunde, nicht eine politische Kirche.

Martin Grichting



Martin Grichting, 49, ist Generalvikar des Bistums Chur. Er studierte Theologie und Kirchenrecht. Er habilitierte später in Kirchenrecht und hält heute Gastvorlesungen an der Päpstlichen Universität vom Heiligen Kreuz in Rom. 1992 wurde er zum Priester geweiht und war danach auch zehn Jahre lang als Seelsorger in Surcuolm tätig.

NZZ am Sonntag, 9.10.2016